

Das allgemeine Wahlrecht in Holland.

Haag, 30. November.

(Fortsetzung des Korrespondenz-Bureau.) Die erste Kammer hat die Gesetzesvorlage betreffend Einführung des allgemeinen Wahlrechtes und die Gleichstellung des öffentlichen und Privatunterrichtes angenommen.

Die Debatte über die Steuervorlagen im Abgeordnetenhaus.

Interpellationen.

Budapest, 30. November.

In einer kurzen, doch gründlichen Debatte hat heute das Abgeordnetenhaus die Vorlage über die Weinproduktionssteuer und den Entwurf über die Kriegsgewinnsteuer der Oesterreichisch-Ungarischen Bank erledigt. Die erste Vorlage, die den Weinimport und die heimische Weinproduktion bei dem Abseifen, beziehungsweise dem Produzenten mit einer Steuer von 14 Kronen pro Hektoliter belegt, gab hüben und drüben zu Klagen Anlass. Namentlich Abgeordneter Joltán Szilassy und der parteilose Géza Polónyi wandten sich nach dem Referat des Abgeordneten Samuel Balouhi in ihren Ausführungen gegen den Entwurf, indem sie eher zu einer Befreiung des mobilen Kapitals riefen, vor allem der Spareinlagen und der Börsengewinne. Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle begründete die Vorlage vor der Abstimmung noch einmal in sehr übersichtlicher, klarer Darstellung. Er konnte zeigen, dass die von den Produzenten eingehende Weinproduktionssteuer allerdings reale Grundlagen habe, während eine Besteuerung der Spareinlagen, die übrigens der Kapitalzinssteuer unterliegen, unserer ganzen Volkswirtschaft Schaden bringen müßte, denn die Spareinlagen würden durch eine solche Steuer nicht getroffen, sondern nur in das Ausland abgeköpft, wodurch unsere Kapitalarmut nur gesteigert würde. Eine Besteuerung der Börsengewinne aber, das zeigte der mit der Leitung des Finanzministeriums betraute Ministerpräsident gerade an den Wänden der Gegenwart, würde die Gewinnsteuer durch eine Neuordnung unserer Börsenwesen sichtbar und erkennbar gemacht würden.

Noch nicht diese Debatten, die schließlich mit der Annahme beider Vorlagen endeten, gaben der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ihr Gepräge. Es lag über ihr etwas Gebreitetes, etwas wie wehmütigste Poesie: ein Stück bitterer Verismus, in dem doch Thrill steckte. Schon vor Beginn der Sitzung waren die Eingänge des Hauses umlagert von Hunderten junger Mädchen, die Einlaß suchten, um der Interpellation, die Ladislaus Fényes in der Angelegenheit der Budapest Telegraphenfirmenbewegung einbringen wollte, anzuhören. Noch hatte der Präsident seinen Sitz nicht eingenommen, und schon waren beide Galerien in beängstigender Weise überfüllt. Fast aneinandergebrängt, vorgebeugt, standen sie da, in höchster Spannung und Erwartung, mit hochgerötetem Gesicht, blutjunge Mädchen neben abgegrähten Gesichtsformen, die sie in der schweren Arbeit der Fernsprechzentrale fern von Sonne, Leben und Freude verbracht, wohl oft genug auch verdarbt haben. Da sah man sie leibhaftig nebeneinander, nahezu uniformiert, im dunklen Tuchrock, mit dem einfachen, so einfachen einfarbigen Tuchhut, die Gestalten, denen die Natur Poesie gegeben und denen das Leben die Poesie genommen hat, verkümmerte Blumen, von denen einst das deutsche Ueberbleibsel mit Wollzogen, Lillencron und Otto Erich Hartleben lyrisch-veristischer gesungen hat, die in einem frühen Werke der Mathilde Serrao so typisch gestaltet sind. In rührender, atemloser Spannung horchten sie der Worte des Interpellanten und der Antwort der Minister, als käme vom Sitzungssaal auf weißen Flügeln das Heil emporgesogen. Sie ließen es sich auch nicht entgehen, den Vertreter ihrer Sache vor dem Parlament noch in vorgerückter Abendstunde dankend und begeistert zu begrüßen.

Denn später Abend war hereingebrochen, als die heutige Sitzung ihr Ende nahm. Im Saale waren am Schlusse der Sitzung, da der Abgeordnete Késer noch eine Interpellation über die Lebensmittelversorgung der Lägergebiete einbrachte, nur noch wenige Abgeordnete anwesend. Links hielt Abgeordneter Kovács, ein einfacher Soldat, mütterleichen die Wache, rechts saßen vier Mitglieder der Partei der nationalen Arbeit, die Ministerbank lag völlig verödet da. So wurde die Interpellation des Abgeordneten Késer an den bereits abwesenden Minister Grafen Hadik geleitet. Um viertel 10 Uhr schloß der Präsident die Sitzung.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Karl Szász

eröffnet um dreiviertel 4 Uhr die Sitzung.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle, die Minister: Graf Apponyi, Ugron, Böls, Greszák, Mezőssy, Graf Serényi.

Schriftführer: Vinzenz Nagy, Géza Szabó, Ladislaus Almásy.

Präsident teilt mit, daß er in Erwartung der nachträglichen Genehmigung des Hauses Erzherzog Max und dessen hohe Gemahlin anlässlich ihrer Vermählung telegraphisch begrüßt habe.

Der Wortlaut der Begrüßungsbegehe wird verlesen.

Nach Unterbreitung des Einlaufes legt

Abgeordneter Vinzenz Nagy

als Referent des Petitionsausschusses den Bericht über die XXIV. Serie der Petitionen vor.

Abgeordneter Andreas Káth

unterbreitet die Berichte des Finanz- und Wirtschaftsausschusses über den Bericht des Finanzministers betreffend das Arbeitsprogramm des Statistischen Amtes für das Jahr 1917.

Der Berichterstatter des Kommunikationsausschusses

Abgeordneter Paul Jacsó

legt die Berichte des Verkehrs- und des Finanzausschusses betreffend verschiedene Postbahnen und über die Erwerbung der neuemittierten Aktien der Ungarischen Fluß- und Seeschiffahrt-A.G. vor.

Der Berichterstatter des juristischen Ausschusses

Abgeordneter Franz Springer

unterbreitet den Bericht dieses Ausschusses über den Gesetzentwurf betreffend die Kodifizierung einzelner Verfügungen des G.-U. XXXI: 1891 betreffend die Konsulargerichtsbarkeit und beantragte, das Haus möge für den Entwurf die Dringlichkeit aussprechen. Der Antrag wird angenommen.

Präsident Karl Szász

teilt mit, daß er dem Abgeordneten Ladislaus Fényes die Erlaubnis zu dringlichen Interpellationen betreffend die Lage der Telephonmanipulantinnen und die Einberufung der Vertrauensmänner der ungarischen Eisenbahnarbeiter an den Handelsminister, dem Abgeordneten Tibor Késer aber in Angelegenheit der Lebensmittelversorgung der Lägerhäuser an den Volksnahrungsmittelminister erteilt habe und daß Abgeordneter Béla Jankovich vor der Tagesordnung das Wort ergreifen wolle.

Vor der Tagesordnung ergreift

Abgeordneter Béla Jankovich

das Wort, um gegenüber den jüngsten Ausführungen des Abgeordneten Desider Polónyi betreffend die Staatsprüfung der Kandidaten Odescaldi und Kiss das Altematerial vorzulegen. Beide Kandidaten hatten die Prüfung schon bestanden, als der Vorsitzende der Prüfungskommission einen Formfehler entdeckte. Der Vorsitzende verweigerte infolgedessen die Aufnahme des Prüfungsprotokolls und die Ausfolgung der Zeugnisse. Beide Kandidaten führten Beschwerde, und so kam die Angelegenheit vor den Minister. Er wies den Universitätsrat an, die Sache zu prüfen. Wenn die Kandidaten als befähigt erklärt würden, möge man ihnen unter Nachsicht des Formfehlers das Zeugnis über die bestandene Staatsprüfung ausstellen, falls sie aber den Anforderungen nicht entsprochen hätten, möge man sie einer neuen Prüfung unterziehen. Keinesfalls könne man die beiden Kandidaten, wenn ein Formfehler auch unterlaufen ist, für die Unvorsichtigkeit der Prüfungsstelle, die den Formfehler übersehen hatte, verantwortlich machen. Der Rektor der Universität, der seinerzeit Präsident der betreffenden Staatsprüfungskommission war, hat dieser Aufforderung nicht genügt, da er, das Kontrollrecht des Ministers vertretend, in der Aufforderung zur Durchführung der Unternehmung eine Verletzung der Autonomie erblickt hatte. Der Rektor blieb jedoch mit dieser Meinung isoliert. Die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät hat sich dieser, wie es scheint, von geschwächter Urteilskraft inspirierten Aufforderung keineswegs angeschlossen. Fürst Odescaldi hat übrigens die Erlaubnis zur Prüfung erhalten, da er den Präsidenten mit Hinweis auf seine Waisenbildung darum gebeten hatte, der Kandidat Kiss aber hat seine Prüfung zum dritten Male in Budapest wiederholt. Es entspricht nicht der Wahrheit, daß Redner eine Verordnung erlassen hätte, in der er die Ausstellung des Prüfungszeugnisses forderte, es entspricht ferner den Tatsachen nicht, daß die Prüfungskommission dieser Aufforderung nicht nachkommen wollte. Abgeordneter Polónyi hätte sich erst informieren müssen, bevor er diese Angelegenheit hier zur Sprache brachte. Auf die im österreichischen Reichsrate erfolgten Ausführungen werde Redner erst reflektieren, wenn der authentische Text zur Verfügung stehen wird, hier möchte er bloß konstatieren, daß diese Angelegenheit in Wien erst nach der hier gehaltenen Rede Polónyis zur Sprache gebracht wurde. Gegen die Zeitung, die den Redner der Dokumentenfälschung zeugt, werde er den Preßprozeß anstrengen. (Zustimmung rechts.)

Abgeordneter Dr. Desider Polónyi:

Wenn das Ausland sich unbefugte Einnahmen in unsere Angelegenheiten gestattet, werden wir die ersten sein, um sie zurückzuweisen. Uebrigens trägt die Schuld an dem Auftauchen dieses peinlichen Gegenstandes Graf Stefan Tiba, der jüngst behauptet hat, der Obergespan des Komitats Szabolcs hätte einen jungen Beamten, dem die erforderliche Qualifikation abging, mit Erlaubnis der Regierung die Prüfung ablegen lassen. Der Minister hat in seiner Zusage dem Prinzipien Odescaldi von vornherein ein sehr tatbereites Wohlwollen entgegengebracht. Nun ist der Rektor, um den es sich hier handelt, ein hervorragender Gelehrter, dessen Urteilsfähigkeit keineswegs als geschwächt hingestellt werden könne. (Lärm.) Redner weist noch auf Vorschriften hinzu, die im Falle des Ludwig Kiss begangen worden seien, und erklärt zum Schlusse, seine Behauptungen ungeschmälert aufrechterhalten zu müssen.

Folgt die Tagesordnung: Verhandlung des Gesetzentwurfes über die Weinproduktionssteuer.

Berichterstatter Dr. Samuel Balouhi

weist darauf hin, daß die bedeutende Erhöhung der Weinpreise die Einführung der Weinproduktionssteuer rechtfertige. Bei dieser neuen Steuer würden die große wirtschaftliche Bedeutung der Weinproduktion, die Interessen des Konsums und in Verbindung mit dem Export die Interessen unserer Valuta berücksichtigt. Das finanzielle Ergebnis der neuen Steuer ist in dem Budget für das Jahr 1916/17 mit 15 Millionen Kronen präliminiert. Redner erläutert den Gesetzentwurf und empfiehlt ihn im Namen des Finanzausschusses zur Annahme. (Beifall links.)

Abgeordneter Joltán Szilassy

sieht ein, daß die Regierung alle möglichen Steuerquellen erschöpfen müsse, um für die Ausgaben des Krieges Deckung zu finden. Den vorliegenden Entwurf kann Redner aber keineswegs billigen. Der gegenwärtige Preis des Weines ist zweifellos hoch; wer weiß aber, wie lange dieser hohe Preis bestehen werde. Auch darf man nicht vergessen, daß die Produktionskosten außerordentlich hoch gestiegen sind. Schon die Grundlage dieses Gesetzentwurfes ist verfehlt. Er führt eine Produktionssteuer ein, die in unserer Steuergegebung einzig dastünde. Es ist zu befürchten, daß diese Steuer auch auf andere Produktionszweige ausgebeugt wird. Wird dies der so oft hervorgehobenen Mehrproduktion förderlich sein? Die österreichische Regierung wollte ebenfalls diese Steuer einführen, doch wurde die Vorlage im Ausschuss a limbo zurückgewiesen, und die Regierung war gezwungen, den Entwurf zurückzugeben. Redner lehnt den Gesetzentwurf nicht nur aus prinzipiellen Gründen ab, sondern hegt auch gegen einzelne spezielle Verfügungen große Bedenken. Er empfiehlt dem Ministerpräsidenten, nach besseren Steuervorjekten Umschau zu halten, so zum Beispiel die Einlagen der Sparkassen zu besteuern. Den Gesetzentwurf lehnt er ab.

Abgeordneter Géza Polónyi (parteilos)

billigt das Bestreben des Finanzministers, durch Eröffnung neuer Einnahmequellen unsere Valuta zu heben, glaubt aber, daß es hierzu geeignete und ertragreichere Quellen gäbe, als gerade die Weinproduktion. Eine solche Quelle wäre die Besteuerung der Börsen. Die Majorität hat in ihrer gestrigen Konferenz eine sehr kluge, pikante Taktik befolgt, indem sie erklärte, dem Entwurf wohl nicht zu opponieren, die Verantwortlichkeit für die Vorlage aber nicht tragen zu wollen. Damit wälzt die Partei, von der eigentlich die Botierung des Entwurfes abhängt, die Verantwortung vor der Öffentlichkeit auf die Schultern der Minoritätsparteien ab. Es läge auch heute noch im Interesse des Staates, den Weinproduzenten gewisse Begünstigungen einzuräumen, wie dies in der früheren Gesetzgebung der Fall gewesen, als die von der Phylloxera heimgesuchten Weingebiete Steuerfreiheit erhielten. Die Gleichmäßigkeit der Weinproduktionssteuer ist geeignet, der Weinproduktion große Hemmnisse in den Weg zu stellen: die Tokajer Weinproduzenten werden die 14 Kronen mit Leichtigkeit ertragen, die Karcager Weinproduzenten werden ihren minderwertigen Wein übermäßig belastet sehen. Redner lehnt den Entwurf ab.

Graf Theodor Pejacsevič (Kroate)

reicht einen Antrag ein, laut dessen die Beteiligung Kroatiens am Ertrags der Steuer durch die Regimenterdeputation festzustellen werden möge.

Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle

weist zunächst darauf hin, daß die höheren Weinpreise wahrscheinlich längere Zeit andauern werden. Jedenfalls werden diese Preise so hoch sein, daß sie diese Steuerlast ertragen werden. Infolgedessen dürfte diese neue Steuer weder die Weinproduktion hemmen noch den Wein besonders verteuern. Jedenfalls wird die Regierung dafür sorgen, daß die Weinproduktion gefördert und erleichtert werde. Abgeordneter Szilassy gab der Befürchtung Ausdruck, daß auch für andere landwirtschaftliche Produkte Produktionssteuern eingeführt werden könnten. Es kann spezielle Produkte geben, die bedeutende Einnahmequellen bieten und die vielleicht einer Produktionssteuer unterliegen werden, allein niemand beschäftigt sich mit dem Gedanken, die Getreideprodukte und andere, in großen Mengen erzeugte landwirtschaftliche Produkte zu besteuern. Was die Gefälligkeit betrifft, so ist sie auch bei der Einkommensteuer und Weingeiststeuer eingeführt, und die gegenwärtige Vorlage geht in dieser Hinsicht nicht über die bisherigen Grenzen hinaus, ja es sind in dem Gesetzentwurf gewisse Einschränkungen enthalten. Die Finanzorgane haben nur das Kontrollrecht darüber, ob die Gemeindeorgane ihre Pflicht erfüllen, ob sie nicht allzu streng oder allzu lax die Verfügungen des Gesetzes vollstrecken. Man führte auch an, daß die Gemeindebehörden ohnehin mit Arbeit überbürdet sind. Wollen wir unsere Administration auf ein modernes Niveau bringen, so muß sie immer näher zum Produzenten gelangen. In der Vollzugsverordnung wird der Ministerpräsident dafür sorgen, daß die Gemeindeorgane die Verfügungen des Gesetzes nicht willkürlich durchführen. In ihr wird auch dafür gesorgt werden, daß die Produzenten nicht verpflichtet seien, schriftliche Anmeldungen zu erstatten, sondern die Organe werden durch einen Sozialausgleich in der Weinproduktion kontrollieren. Die Vorlage enthält auch den ersten Schritt zur Unterstützung der Gemeinden. Die Gemeinden erhalten zwei Kronen, und es wird Gemeinden geben, denen auf diese Weise ungefähr 100.000 Kronen Einnahmen erwachsen werden. Selbstverständlich wird dafür gesorgt werden, daß die Gemeinden diese Beträge rationell verwenden. Dies bildet nur den ersten Schritt zur Erleichterung der Lasten der Gemeinden.

Der Herr Abgeordnete Joltán Szilassy hat die Steuern auf Sparkasseneinlagen aufs Tapet gebracht. Nun müssen diese Einlagen, zumal wenn sie ständigen Charakters sind, der Kapitalzinssteuer unterzogen werden. Dies war bei uns früher auch der Fall, indem nach Sparkasseneinlagen eine Kapitalzinssteuer von zehn Prozent entrichtet werden mußte. Die Folge war, daß unsere Einlagen nach Oesterreich abwanderten, da dort keine Kapitalzinssteuer, sondern nur eine Stempelgebühr von zwei, später drei Prozent eingehoben wurde. Nun wird eine rationale Wirtschaftspolitik die Kapitalien eines kapitalarmen Landes nicht durch Steuergehege zur Abwanderung nach kapitalreicheren Ländern drängen. Es ist eine Aufgabe ersten Ranges, das Kapital dieser Last zu entheben und so hierzulande die Ansammlung von Kapitalien zu ermöglichen. Schon gelegentlich der Steuerreform vom Jahre 1909 sollte diese Steuer auf fünf Prozent herabgesetzt werden, wobei auch diese fünf Prozent als zu hoch befunden wurden. Wie verheißungsvoll und leicht es einem Finanzminister auch erscheinen mag, die Besteuerung dieser Einlagen vorzuschlagen, so kann man hierin doch bloß ein Mittel für den äußersten Notfall erblicken.

Daselbe gilt von dem Wertzuwachs. Hierunter ist nicht bloß der Wertgewinn an der Börse zu verstehen, da es auch andere Gewinne dieser Art gibt. Doch kann der Wertzuwachs nur besteuert werden, wenn er sich auch feststellen läßt. Hierzu ist aber eine Börsenordnung nötig, die die Feststellung der Gewinne und deren zweckdienliche Inanspruchnahme ermöglicht. Angesichts der heutigen Verhältnisse an der Börse erscheint dies nicht durchführbar, da ja eben jetzt die Frage der Börsenreform der Lösung zugeführt wird. Es steht zu hoffen, daß die Aktion zum Erfolge führen und sich unsere Effektenbörse bald systematisch betätigen wird. Der gegenwärtige Zustand ist nur ein Uebergangszustand. An der Börse muß Ordnung gemacht werden, ohne Wertverminderungen zu scheuen, denn die Werte müssen auf das richtige Niveau zurückgebracht werden. Das ist eine ungeliebte volkswirtschaftliche Situation, sondern eine gesunde Entwurfsung. An der Börse waren ja die Zustände schon so beschaffen, daß man einen Kurs nach dem anderen in die Höhe trieb; und es war ein Jammer, zu sehen, welche Gesellschaftsschichten an dem Börsenspiel teilnahmen. Die Gewinnlust hatte alle Schichten der Gesellschaft ergriffen, daher kam es, daß die Kurse so in die Höhe gingen. Da strömten aber auch aus dem Auslande gewisse Effekten herein, um auch hier die zu belasten, von denen vorausgesehen war, daß sie, wenn wir die Kurse auf das richtige Niveau hinabdrücken werden, um Hof und Gut kommen müssen. Diese Vorgänge spielen sich jetzt ab. Man muß ihr Ende abwarten; von einer Besteuerung des Wertzuwachses, zumal an der Börse, wird jedoch erst die Rede sein können, wenn die richtigen Abkühlung eingetreten ist. Aus den Ercheinungen, die an der Börse jetzt wahrnehmbar sind, und aus dem gegenwärtigen Verlauf des Geschäftes läßt sich mit Gewißheit folgern, daß dort die alte Ordnung wieder sich einstellen wird; die wird dann die Feststellung der Wertsteigerungen und Wertverminderungen mit voller Bestimmtheit ermöglichen.

Der Ministerpräsident erklärt im weiteren Verlaufe seiner Rede, daß es wohl wünschenswert wäre, eine der